



DEUTSCHES INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG

WOCHENBERICHT 19/80

Berlin

9. Mai 1980

47. Jahrgang

Wohnungsversorgung in Berlin (West)

Im vergangenen Jahrzehnt hat das DIW mehrmals die Wohnungsversorgung in Berlin untersucht¹. Ergebnis war stets, daß das Angebot quantitativ wie qualitativ unzureichend ist. Für die Zukunft zeichnete sich aus damaliger Sicht zwar eine Verbesserung ab: Rückläufige Einwohnerzahl und weiterer, wenn auch reduzierter Neubau ließen bis 1980 einen Ausgleich der Zahl von Wohnungen und Haushalten, bis 1990 sogar einen ständig steigenden Wohnungsüberschuß erwarten. Es war aber auch absehbar, daß unter Qualitätsaspekten noch auf längere Sicht Versorgungsdefizite bestehen bleiben.

Gegenwärtige Versorgungslage

Nach der amtlichen Statistik und ergänzenden Schätzungen des DIW gab es 1979 in Berlin für gut eine Million Haushalte rund 1,1 Millionen Wohnungen. Dennoch deuten alle verfügbaren Indikatoren darauf hin, daß dieses Angebot unzureichend ist. Nach allgemeiner Erfahrung bestehen Engpässe vor allem bei Sozialwohnungen, von denen es fast 430 000 in der Stadt gibt; das sind etwa 40 vH des gesamten Bestandes an Wohnungen. Vermutlich dürfte — selbst bei den derzeitigen Einkommensgrenzen — ein Teil dieser Wohnungen fehlbelegt sein. Auch die Nachfrage höherer Einkommenschichten kann offenbar nicht oder nur zu Konditionen befriedigt werden, die schlechter sind als in anderen Ballungsräumen der Bundesrepublik Deutschland. Art und Ausmaß der Unterversorgung lassen sich jedoch nicht nach Bevölkerungsgruppen und Einkommensschichten beziffern, da noch keine aktuellen Informationen über die Vorgänge am Wohnungsmarkt und über die Nutzung des Bestandes vorliegen.

Ein Überblick über die Versorgungslage kann derzeit nur durch einen Vergleich der Größenstruktur von Haushalten und Wohnungsbestand geboten werden. Dabei ist der Wohnungsbestand lediglich nach

Raumzahl, Sanitärausstattung und Beheizungsart statistisch belegbar. Selbst dazu sind Schätzungen erforderlich, denn die letzte Zählung liegt fast 12 Jahre zurück, und die seither eingetretenen Veränderungen wurden von der amtlichen Statistik nur zum Teil erfaßt.

Diesen Schätzungen zufolge besitzt nur gut die Hälfte der rund 1,1 Millionen Wohnungen in Berlin Bad, WC und Sammelheizung. Bei etwa einem Fünftel des Bestandes ist die sanitäre Ausstattung mangelhaft: Bad und zum Teil auch ein WC fehlen. Schließlich sind rund 60 vH Kleinwohnungen, bestehen also einschließlich der Küche aus maximal drei Räumen; Wohnungen mit sechs oder mehr Räumen haben nur einen Anteil von 5 vH. Hinzu kommt die

¹ Ingo Pfeiffer und Peter Ring: Wohnungsversorgung und Wohnungsbedarf in West-Berlin. In: Vierteljahrshefte zur Wirtschaftsforschung des DIW. Heft 1/1974. Wohnungsversorgung und Wohnungsbedarf in West-Berlin. Bearb.: Ingo Pfeiffer. In: Wochenbericht des DIW. Nr. 20/1975. Peter Ring: Volkswirtschaftliche Entscheidungskriterien für die mittelfristige Gestaltung des öffentlichen Haushalts von Berlin (West). Gutachten des DIW im Auftrage des Senators für Finanzen, Berlin. Vierter Teilbericht: Bedarfsträger und Versorgungsziele im Bereich der haushaltsorientierten Infrastruktur in Berlin (West) und in ausgewählten Großstädten des Bundesgebietes. Berlin 1977 (als Manuskript vervielfältigt).

Überalterung des Bestandes — rund 40 vH aller Wohnungen wurden vor mehr als 60 Jahren gebaut, darunter 15 vH sogar vor mehr als 80 Jahren. Mit dieser Qualitätsstruktur dürfte Berlin nach wie vor am Ende der Ausstattungsskala vergleichbarer Ballungsgebiete liegen².

Bei dem Vergleich der Größenstruktur von Wohnungen und Haushalten³ lassen sich Flächenkonsum und Qualitätsansprüche lediglich modellhaft berücksichtigen. Es zeigt sich, daß diesem modellhaft gesetzten Versorgungsniveau⁴ gegenwärtig kein entsprechendes Angebot gegenübersteht. Ein beträchtliches Defizit ist bei größeren Wohnungen — also Einheiten, die neben einer Küche mindestens vier Wohnräume aufweisen — zu verzeichnen. Bezieht man den Vergleich auf den zeitgemäß ausgestatteten Bestand, dann treten qualitative Defizite bei jeder Wohnungsgröße auf; bei Kleinwohnungen sind sie besonders ausgeprägt.

Diese Betrachtungsweise kann zwar eine Analyse der tatsächlichen Wohnverhältnisse der Haushalte nicht ersetzen. Sie macht jedoch deutlich, daß der gegenwärtige Bestand an großen und gut ausgestatteten Wohnungen auch dann unzureichend ist, wenn man nur die größeren Haushalte berücksichtigt. Dies heißt aber auch, daß eine angemessene Wohnungsver-sorgung in Berlin noch nicht erreicht ist. Hierin dürften die wesentlichen Ursachen für die beobachteten Engpässe am Wohnungsmarkt liegen.

Perspektiven der künftigen Entwicklung

Wohnungspolitische Entscheidungen, wie sie gegenwärtig in der Stadt diskutiert werden, dürfen sich nun allerdings nicht allein an der aktuellen Versorgungslage ausrichten. Sie müssen auch die künf-

Zahl der Wohnungen in Berlin (West) nach Alter und Ausstattung am Jahresende 1979¹⁾
1 000 Wohnungen

Jahr der Fertigstellung Ausstattung	bis 1900	1901 bis 1918	1919 bis 1948	1949 und später	Wohnungen insgesamt
Wohnungen mit Bad und WC					
mit Sammelheizung	10	45	80	425	560
ohne Sammelheizung	50	100	80	80	310
Wohnungen ohne Bad					
mit eigenem WC	50	75	10	5	140
ohne eigenes WC	60	20	5	5	90
Insgesamt	170	240	175	515	1 100

1) Schätzung auf der Basis der Gebäude- und Wohnungszählung vom 25. Oktober 1968 und der Bautätigkeitsstatistik.
Quellen: Statistisches Landesamt Berlin; Schätzungen des DIW.

tige Wohnungsnachfrage berücksichtigen. Diese ist einmal von der Entwicklung der Zahl der Haushalte, zum anderen vom individuellen Nachfrageverhalten abhängig.

Im Auftrage des Senats von Berlin erarbeitet das DIW derzeit neue Projektionen für Bevölkerung und Wirtschaft in Berlin bis zum Jahre 2000 — Rahmen-daten, auf die jede Wohnungsbedarfs- oder -nachfrageprognose angewiesen ist. Ergebnisse sind bis-lang nicht verfügbar. Für eine erste Orientierung können jedoch die Bevölkerungseckwerte des Mo-dells W6⁵ aus dem Jahre 1973 herangezogen wer-den, das vom Senat von Berlin aus einer Reihe

Zahl der privaten Haushalte in Berlin (West)
1 000 Haushalte

Haushalte mit . . .	1970 ¹⁾	1979 ²⁾	1984 ³⁾	1990 ³⁾
1 Person	470	450	415	390
2 Personen	319	310	300	295
3 Personen	158	150	140	130
4 Personen	79	75	65	58
5 und mehr Personen	36	30	30	27
Insgesamt	1 062	1 015	950	900
Bevölkerung in privaten Haushalten	2 100	2 020	1 855	1 745

1) Ergebnisse der Volkszählung vom 27. Mai 1970. — 2) Jahres-ende; geschätzt auf der Basis der verwaltungsintern korri-gierten, fortgeschriebenen Einwohnerzahl. — 3) Jahresende; DIW-Modellrechnung W6 zur Bevölkerungsentwicklung in Berlin (West).
Quellen: Statistisches Landesamt Berlin; Berechnungen und Schätzungen des DIW.

² Peter Ring: Volkswirtschaftliche Entscheidungskriterien für die mittelfristige Gestaltung des öffentlichen Haushalts von Berlin (West). Gutachten im Auftrage des Senators für Finanzen, Berlin. Zweiter Teilbericht: Einrichtungen der haushaltsorientierten Infrastruktur in Berlin (West), Be-standsaufnahme und interregionaler Vergleich. Berlin 1976 (als Manuskript vervielfältigt).

³ Die Entwicklung der Zahl der privaten Haushalte und ihrer Größenstruktur wurde anhand von Angaben in der Volkszählung 1970 und in den Mikrozensen geschätzt.

⁴ Unterstellt wird, daß die Haushalte je zur Hälfte einen Raum bzw. zwei Räume mehr beanspruchen als Personen zum Haushalt gehören. Als Zuschlag für Zweitwohnungen und Leerstand wird das so ermittelte Niveau um 5 vH erhöht. Um den Einfluß der Qualitätsdimension zu ver-deutlichen, werden diese quantitativen Wohnansprüche zum einen auf den gesamten Bestand, zum anderen nur auf die zeitgemäß, also mit Bad, WC und Sammelheizung ausgestatteten Wohnungen bezogen.

⁵ Vgl. Peter Ring und Ingo Pfeiffer: Modelle der Bevöl-kerungsentwicklung in Berlin (West) bis zum Jahre 1990. Sonderheft des DIW, Nr. 110, 1975.

Zahl der Wohnungen in Berlin (West) nach Raumzahl und Ausstattung am Jahresende 1979¹⁾

1 000 Wohnungen

Zahl der Räume ²⁾	1 oder 2	3	4	5	6 und mehr	Ins- ge- samt
Ausstattung						
Wohnungen mit Bad und WC						
mit Sammel- heizung	114	164	173	68	41	560
ohne Sammel- heizung	27	156	89	29	9	310
Wohnungen ohne Bad						
mit eig- nem WC	58	65	15	2	-	140
ohne eig- nes WC	56	30	3	1	-	90
Wohnungen insgesamt	255	415	280	100	50	1 100

1) Schätzung auf der Basis der Gebäude- und Wohnungszählung vom 25. Oktober 1968 und der Bautätigkeitsstatistik. -
2) Einschließlich Küchen.

Quellen: Statistisches Landesamt Berlin; Schätzungen des DIW.

alternativer Projektionen des DIW als Planungsgrundlage ausgewählt worden war. Auch in diesem Jahrzehnt dürfte aus der Alterslastigkeit der deutschen Bevölkerung in der Stadt eine Abnahme von rund 20 000 Einwohnern jährlich resultieren. Ein Ausgleich der Verluste durch Wanderungsgewinne, also eine Stabilisierung der Einwohnerzahl, ist in der Vergangenheit nicht erreicht worden und auch für die Zukunft nicht zu erwarten.

Auf der Basis dieser Bevölkerungsprojektion hätte Berlin im Jahre 1990 bei 1,75 Millionen Einwohnern nur noch rund 900 000 Haushalte mit Wohnungen zu versorgen — 100 000 weniger als heute.

Allein schon dieser Rückgang der Zahl der privaten Haushalte und die zu erwartende Veränderung ihrer Größenstruktur würden ausreichen, gegenwärtig bestehende quantitative und qualitative Defizite erheblich zu verringern. Unter dieser Voraussetzung und in Anbetracht der Tatsache, daß es in der Stadt eine ausreichend große Zahl modernisierungswürdiger Wohnungen gibt, war es folgerichtig, den Schwerpunkt des Wohnungsbaus in Berlin vom Neubau auf die Modernisierung zu legen. Allerdings hätten in weit stärkerem Maße große Wohnungen gebaut werden müssen, um das auch bei rückläufiger Einwohnerzahl verbleibende und vom DIW schon 1975 nachgewiesene Defizit an Großwohnungen abzubauen.

Eine Versorgungslage, wie sie sich nach diesen Berechnungen gegen Ende dieses Jahrzehnts ab-

zeichnet, würde es mit Sicherheit rechtfertigen, den Ausgleich von Angebot und Nachfrage bei freier Mietpreisbildung dem Markt zu überlassen. In den nächsten Jahren bestimmen jedoch weiterhin erhebliche Mängel des Wohnungsbestandes die Situation. Der Nachfrageüberhang nach qualitativ höherwertigen, großen Wohnungen dürfte auch bei Berücksichtigung der absehbaren Bautätigkeit noch zu Beginn des Jahres 1983 bestehen — zu einem Zeitpunkt also, an dem für Neuvermietung die Preisbindung aufgehoben werden soll. Mit einer solchen Maßnahme würden Mieterhöhungsspielräume eröffnet, die Folgewirkungen auf die Entwicklung der Mieten nach 1985, dem Zeitpunkt der allgemeinen Mietpreisfreigabe haben könnten: Auch im Rahmen bestehender Verträge wären dann Mietanhebungen, und zwar bis zur Höhe der ortsüblichen Vergleichsmieten, möglich. Nach geltendem Recht reichen zu deren Nachweis drei vergleichbare Wohnungen anderer Vermieter aus. Es ist also nicht auszuschließen, daß die in der 1983 und 1984 noch bestehenden Mangelsituation durchsetzbaren Mieten zum Maßstab des allgemeinen Mietenniveaus nach 1985 werden.

Nun werden im Zuge des Fortfalls der Preisbindung allgemein beträchtliche Mieterhöhungen erwartet. Strittig ist indessen, ob sie den gesamten Althausbestand oder Teile betreffen und wie die jeweils erwarteten Folgen ökonomisch und sozialpolitisch zu bewerten sind. Strittig ist aber auch, inwieweit Sekundäreffekte auf dem schon heute nicht preisgebundenen Teil des Wohnungsmarktes zu erwarten sind, ob es also dort zu Mietreduzierungen oder zumindest zu einer Verlangsamung des Mietanstiegs kommt. Die Befürworter der Mietpreisfreigabe betonen die wirtschaftliche Seite: Nennenswerte Mieterhöhungen würden nur bei einem Teil der Altbauten auftreten, und dort seien sie auch erforderlich, um Verzerrungen des Mietpreisgefüges und der Belegungsstruktur zu beseitigen. Zudem würden erst erhöhte Renditen die Bereitschaft zur Instandsetzung und Modernisierung auf privater Basis fördern. Die Kosten dafür müßten sonst von der öffentlichen Hand getragen werden. Diese Konsequenzen sind jedoch nach Ansicht der Gegner einer Mietpreisfreigabe keineswegs zwangsläufig; vielmehr müsse mit unzumutbaren Härten für sozial schwächere Bevölkerungsgruppen gerechnet werden.

Sicherlich haben die wohnungswirtschaftlichen Argumente hohes Gewicht, zumal der Substanzverzehr im Althausbestand nicht bestritten werden kann. Andererseits könnte die Mietpreisfreigabe einkommensschwache Haushalte in eine schwierige Lage bringen. Um soziale Härten zu vermeiden, wäre es notwendig, die in Berlin geltenden Regelungen hinsichtlich des Wohngeldes und der Nutzung des Bestandes an Sozialwohnungen zu überprüfen.

Freilich machen es sich die Gegner der Mietpreisfreigabe mit ihrer verteilungspolitischen Argumen-

Strukturbild der Wohnungsversorgung in Berlin (West) 1979, 1984 und 1990

		Wohnungen mit . . . Räumen							
		1 und 2	3	4	5	6 u. mehr	1 bis 4	5 u. mehr	Wohnungen insgesamt
		1 000 Wohnungen							
Bestand ²⁾	1979	255	415	280	100	50	950	150	1 100
dar.: mit Bad, WC, Sammelheizung		114	164	173	68	41	451	109	560
Bedarf ¹⁾	1979	235	395	240	120	75	870	195	1 065
	1984 ³⁾	220	375	230	110	65	825	175	1 000
	1990 ³⁾	205	360	225	100	60	790	160	950
Versorgungsindex		Wohnungsbestand 1979 in vH des Bedarfs							
alle } Wohnungen	1979	109	105	107	83	67	109	77	103
	1984	116	111	122	91	77	115	86	110
	1990	124	115	124	100	83	120	94	116
Wohnungen mit } Bad, WC und Sammelheizung	1979	49	42	72	57	55	52	56	53
	1984	52	44	75	62	63	55	62	56
	1990	56	46	77	68	68	57	68	59

1) Versorgungsnorm: Je Haushalt eine Wohnung, je Person ein Wohnraum (ohne Küche); für 50 vH aller Haushalte einen zusätzlichen Raum; 50 000 Wohnungen als Marktreserve. - 2) Schätzung. - 3) DIW-Bevölkerungsprojektion W6. -

Quellen: Statistisches Landesamt Berlin; Berechnungen des DIW.

tation zu einfach. Die Preisbindung begünstigt keineswegs nur sozial Schwache, sondern auch sehr gut Verdienende. Demgegenüber diskriminiert sie neu auf den Wohnungsmarkt Kommende, insbesondere Arbeitskräfte, die mit viel Mühe zum Umzug nach Berlin bewegt wurden, und junge Familien. Bei beiden Gruppen finden sich sozial schwache Haushalte in nennenswertem Umfang. Die an dieser Stelle liegenden sozialen Härten, deren Auswirkungen insbesondere für die weitere wirtschaftliche Entwicklung Berlins bedeutsam sind, könnten durch die Beseitigung der Mietpreisbindung ganz oder teilweise abgebaut werden, selbst wenn sich insgesamt nach Mietpreisfreigabe ein höheres Mietniveau einstellt als in vergleichbaren westdeutschen Großstädten. Um so wichtiger wäre es daher zu überprüfen, ob für Berlin nicht besondere Wohngeldregelungen erforderlich sind.

Die gegenwärtig verfügbaren Daten setzen freilich einer empirischen Fundierung aller Schlußfolgerungen über die Auswirkungen der Mietpreisfreigabe auf dem Wohnungsmarkt sehr enge Grenzen. Von einer Wohnungsmarktanalyse, die im Auftrage des Senats gegenwärtig vorbereitet wird, werden detaillierte Informationen über den Zustand des Berliner Wohnungsmarktes und die Entwicklung seiner Determinanten erst zum Jahresende 1981 erwartet. Wesentliche Aufschlüsse über die Marktsituation und die zukünftige Entwicklung wären indes schon eher, nämlich dann zu gewinnen, wenn die Ergebnisse der amtlichen Wohnungsstichprobe aus dem Jahre

1978 zugänglich wären und mit den Projektionsdaten zur Bevölkerungs- und Wirtschaftsentwicklung des DIW verknüpft werden könnten. Die DIW-Projektion gibt Aufschluß über die Zahl und Struktur der Bevölkerung und privaten Haushalte, über Wirtschaftswachstum und Einkommensentwicklung im Verlaufe der 80er Jahre. Die Wohnungsstichprobe bietet Informationen über die gegenwärtigen Wohn- und Einkommensverhältnisse der Haushalte sowie deren Wohnwünsche und Umzugsgründe in der Vergangenheit — wichtige Determinanten des Nachfrageverhaltens.

Solche Informationen wären eigentlich die Voraussetzung für die Entscheidung über den Termin der Mietpreisfreigabe in Berlin gewesen. Gleichwohl wurde die diskutierte Entscheidung vor Jahresfrist gefällt, von allen im Berliner Abgeordnetenhaus vertretenen Parteien getragen und sollte die schon zum Jahresende 1980 vorgesehene Mietpreisfreigabe letztmalig verschieben. Angesichts dieser Situation spricht unter dem Aspekt politischer Kontinuität vieles für eine Beibehaltung des Termins. In diesem Falle wird man sich auf eine Reihe von Problemen und viele soziale Härtefälle einstellen müssen. Die Zeit, diese im Vorfeld zu erkennen und Vorschläge für ihre Lösung zu entwickeln, ist knapp bemessen. Hierbei wären insbesondere der Zugang zum sozialen Wohnungsbau und die für ihn geltenden Regelungen zu überprüfen. Außerdem sollte der Gedanke einer Aufstockung des Wohngeldes für Berlin ernsthafter, als es bisher geschehen ist, erwogen werden.

Exporte der Entwicklungsländer von nichtenergetischen mineralischen Rohstoffen

Der Welthandel hat sich in den 70er Jahren nominal reichlich verunfacht. Dabei erhöhte sich der Anteil der Entwicklungsländer auf gut ein Viertel. In dieser Erhöhung kommt weitgehend die Exportentwicklung der OPEC-Staaten zum Ausdruck.

Die Struktur der Warenausfuhr einzelner Ländergruppen hat sich deutlich verändert. Bei den Entwicklungsländern sind diese Veränderungen gekennzeichnet durch eine Zunahme des auf Erdöl und gewerbliche Erzeugnisse entfallenden Exportanteils sowie eine Verminderung des Exportanteils der Warenposition „andere Rohstoffe“. Vom Gesamtexport dieser Länder entfielen 1970 etwa 33 vH und 1979 rund 56 vH auf Erdöl und Mineralölprodukte. Der Anteil der Exporte von gewerblichen Erzeugnissen erhöhte sich im gleichen Zeitraum von 18 auf 23 vH. Demgegenüber verminderte sich das Gewicht der Exporte „andere Rohstoffe“, von denen der größte Teil auf landwirtschaftliche Produkte entfällt, von 49 auf 21 vH.

Nachfolgend wird die Bedeutung von acht nicht-energetischen mineralischen Rohstoffen — Bauxit, Blei, Eisenerz, Kupfer, Manganerze, Phosphate, Zink und Zinn¹ — für die Exporte der Entwicklungsländer untersucht sowie der Stellenwert dieser Länder im Welthandel mit diesen Produkten behandelt. Diese ausgewählten Rohstoffe repräsentieren etwa vier Fünftel des Produktionswertes aller in den Entwicklungsländern gewonnenen nichtenergetischen mine-

ralischen Rohstoffe. Von diesen Rohstoffen haben Kupfer und Eisenerz die weitaus größte Bedeutung.

Im Durchschnitt der Jahre 1970/72 betrug der Anteil der acht Rohstoffe an den Gesamtexporten der Entwicklungsländer reichlich 8 vH, im Dreijahresdurchschnitt 1975/77 etwa 4 vH. Für einzelne Entwicklungsländer waren diese Rohstoffausfuhren indes von weitaus größerer Bedeutung. Zwischen den Gruppen von Entwicklungsländern bestehen auch deutliche Unterschiede hinsichtlich der waren-spezifischen Exportquote am Welthandel. Es wurde daher im folgenden zwischen den OPEC-Staaten, den sogenannten Schwellenländern², den Ländern mit mittlerem Entwicklungsstand sowie den rückständigen Ländern (least developed countries: LLDC) unterschieden.

¹ Blei, Kupfer, Zink und Zinn sind börsengängige Rohstoffe, auf deren Preisentwicklung spekulative Transaktionen besonderen Einfluß haben. Um die hierdurch bewirkten Schwankungen der Exportwerte zu glätten, werden in der folgenden Darstellung gleitende Dreijahresdurchschnitte zugrunde gelegt. Dabei wird einer möglichst geschlossenen Erfassung der Entwicklungsländer der Vorrang vor der Wiedergabe aktuellerer Einzeldaten gegeben; die Untersuchung erstreckt sich daher lediglich auf die Jahre bis 1977.

² Vgl. Intensivierung und Differenzierung im Handel der Bundesrepublik Deutschland mit Entwicklungsländern. Bearb.: Dieter Schumacher. In: Wochenbericht des DIW. Nr. 14/1980, S. 157.

Weltausfuhr ausgewählter nichtenergetischer mineralischer Rohstoffe und Anteil der Entwicklungsländer

	Weltausfuhr				Ausfuhr der Entwicklungsländer				Anteil der Entwicklungsländer an der Weltausfuhr	
	1970/1972		1975/1977		1970/1972		1975/1977		1970/1972	1975/1977
	Mill. US \$	vH	Mill. US \$	vH	Mill. US \$	vH	Mill. US \$	vH	vH	vH
Bauxit	319	3,1	607	3,2	222	4,5	476	5,1	69,6	78,4
Blei	494	4,9	780	4,2	104	2,1	195	2,1	21,1	25,0
Eisenerz	2 660	26,2	5 505	29,5	1 009	20,3	2 179	23,3	37,9	39,6
Kupfer	4 548	44,7	6 026	32,3	2 477	49,9	3 427	36,6	54,5	56,9
Manganerze	194	1,9	426	2,3	109	2,2	212	2,2	56,2	49,8
Phosphate	427	4,2	1 799	9,6	229	4,6	1 137	12,2	53,6	63,2
Zink	773	7,6	2 014	10,8	170	3,4	477	5,1	22,0	23,7
Zinn	755	7,4	1 514	8,1	646	13,0	1 251	13,4	85,6	82,6
Insgesamt	10 170	100,0	18 671	100,0	4 966	100,0	9 354	100,0	48,8	50,1

Quelle: Weltbank, Commodity Trade and Price Trends, verschiedene Ausgaben.

**Anteil ausgewählter nichtenergetischer mineralischer Rohstoffe am Export von Entwicklungsländern
in den Jahren 1970/72 und 1975/77
in vH**

	Bauxit	Blei	Eisenerz	Kupfer	Manganerze	Phosphate	Zink	Zinn	Insgesamt ¹⁾
<u>1970/1972</u>									
OPEC-Länder	0,0	-	0,7	-	0,2	0,0	0,0	0,5	(1,4)
Schwellenländer	-	0,2	2,9	7,5	0,4	0,0	0,5	0,1	(11,6)
Mittlere Länder	0,8	0,3	2,0	6,2	0,1	0,8	0,4	1,9	(12,5)
LLDC	0,9	-	-	2,5	-	-	-	0,7	(4,1)
Insgesamt	0,4	0,2	1,7	4,1	0,2	0,4	0,3	1,1	(8,4)
<u>1975/1977</u>									
OPEC-Länder	0,0	0,0	0,2	0,1	0,1	0,0	0,0	0,1	(0,5)
Schwellenländer	0,0	0,1	3,2	3,4	0,2	0,1	0,4	0,1	(7,5)
Mittlere Länder	0,5	0,2	1,3	3,3	0,1	1,7	0,5	1,6	(9,1)
LLDC	10,9	-	0,0	1,1	-	-	-	0,4	(12,5)
Insgesamt	0,2	0,1	0,9	1,5	0,1	0,5	0,2	0,5	(4,0)
1) Abweichung in der Summe durch Rundung.									
Quelle: Weltbank, Commodity Trade and Price Trends, verschiedene Ausgaben; eigene Berechnungen.									

OPEC-Länder

Im Durchschnitt der Jahre 1975/77 entfielen vom Export der Entwicklungsländer an mineralischen Rohstoffen fast 93 vH auf Erdöl; hieran waren die OPEC-Länder mit mehr als 90 vH beteiligt. Nicht-energetische mineralische Rohstoffe sind demgegenüber für diese Ländergruppe nur von sehr geringer Bedeutung. Ihr Beitrag zum Ausfuhrwert betrug Anfang der 70er Jahre nur 1,4 vH und fiel — trotz einer Verdoppelung dieser Ausfuhr — auf 0,5 vH im Durchschnitt der Jahre 1975/77. Allerdings nahmen diese Exporte der OPEC stärker zu als im Welt-durchschnitt und auch im Durchschnitt sämtlicher Entwicklungsländer. Dadurch erhöhte sich der Anteil der OPEC-Exporte bei den ausgewählten Rohstoffen um je einen Prozentpunkt, und zwar bezogen auf die Weltausfuhren auf knapp 4 und bezogen auf die Exporte aller Entwicklungsländer auf gut 7 vH.

Die Bedeutung der OPEC als Weltlieferant dieser Rohstoffe dürfte in Zukunft noch zunehmen. In vielen OPEC-Ländern werden großzügige Explorationsprogramme durchgeführt und Kapazitäten auf dem Gebiet der Rohstoffweiterverarbeitung auch in Bereichen ohne landeseigene Rohstoffbasis aufgebaut. Bei manchen Rohstoffen sind die nachgelagerten Produktionsstufen erheblich energie-intensiver als die eigentliche Bergwerksförderung. Da die OPEC-Länder bei der Energieversorgung Wettbewerbsvorteile haben, streben sie eine stärkere Diversifizierung der zukünftigen Exporte durch den Aufbau eigener Anlagen zur Weiterverarbeitung von Rohstoffen an.

Bislang sind indes von den 13 OPEC-Ländern neun zu über 80 vH, sechs zu mehr als 90 vH von Erdölexporten abhängig. Nur Algerien, Gabun, Indonesien, Venezuela und Ekuador haben ihre Ausfuhr stärker diversifiziert.

Eisenerz hat im Export der OPEC-Gruppe bei den untersuchten Rohstoffen das größte Gewicht (1975/1977: 38 vH), gefolgt von Zinn (28 vH), Manganerz (14 vH) und Kupfer (11 vH). Die übrigen vier Rohstoffe waren nur mit weniger als 10 vH beteiligt.

Von Bedeutung für die Weltexporte an nichtenergetischen mineralischen Rohstoffen aus OPEC-Ländern waren in den 70er Jahren Manganerze, Zinn und Eisen. Im Durchschnitt der Jahre 1975/1977 lag deren Anteil an der entsprechenden Weltausfuhr bei 22 vH (Mangan), 12 vH (Zinn) und 5 vH (Eisenerz).

In der Ausfuhrbilanz kam Ende des Berichtszeitraumes den untersuchten Rohstoffexporten nur in Gabun (Anteil: 9 vH), in Indonesien und Venezuela (jeweils etwa 3 vH) eine gewisse Bedeutung zu. Der entsprechende Anteil in den zehn übrigen OPEC-Staaten lag demgegenüber jeweils unter 1 vH.

Schwellenländer

Der Anteil der Ausfuhr der untersuchten Rohstoffe an den Gesamtexporten der Schwellenländer betrug Anfang der 70er Jahre etwa 12 vH und fiel auf rund 7 vH im Durchschnitt der Jahre 1975/1977. Gleichzeitig erhöhte sich jedoch der Anteil an der entsprechenden Weltausfuhr von 11 auf 13 vH.

**Anteil von Entwicklungsländern an der Ausfuhr ausgewählter nichtenergetischer mineralischer Rohstoffe
in den Jahren 1975/1977**
in vH

	Anzahl der Länder	Anteil am Weltexport	Anteil der vier wichtigsten Länder		Länderanteile am Weltexport
			am Weltexport	an Exporten aus Entw.-Ländern	
Bauxit	16	78,4	69,3	88,4	Guinea (25,3) Jamaika (20,4) Guayana (14,7) Surinam (8,9)
Blei	13	25,1	18,8	74,9	Peru (8,4) Mexiko (5,5) Marokko (3,5) Namibia (1,4)
Eisenerz	17	39,6	31,5	79,5	Brasilien (17,0) Liberia (5,6) Indien (4,6) Venezuela (4,3)
Kupfer	26	56,9	46,4	81,5	Chile (18,6) Sambia (13,9) Zaire (9,8) Peru (4,1)
Manganerze	11	49,7	42,8	86,1	Gabun (22,0) Chile (14,0) Indien (4,4) Marokko (2,4)
Phosphate	14	63,2	49,1	77,7	Marokko (34,4) Kiribati (6,6) Tunesien (4,1) Senegal (4,0)
Zink	14	23,7	17,9	75,5	Peru (8,8) Mexiko (5,4) Zaire (2,1) Sambia (1,6)
Zinn	12	82,6	76,5	92,6	Malaysia (39,8) Bolivien (14,9) Indones. (10,9) Thailand (10,9)

Quelle: Weltbank, Commodity Trade and Price Trends, 1979.

Die Struktur der Erlöse aus dem Export der hier betrachteten acht Rohstoffe hat sich in den Schwellenländern im Verlauf der siebziger Jahre teilweise deutlich verändert. So verminderte sich der Anteil bei Kupfer von 65 vH (1970/1972) auf 46 vH (1975/1977), während derjenige von Eisenerz kräftig, von 25 auf 43 vH, zunahm.

Unter den Schwellenländern sind vor allem Chile, Brasilien und Mexiko im Welthandel von Bedeutung:

- Chile vor allem wegen seiner Kupferexporte, die in den 70er Jahren immerhin zwischen reichlich 16 vH und knapp 19 vH am Welthandel mit Kupfer beteiligt waren. Von den Kupferexporten sämtlicher Entwicklungsländer entfiel im Durchschnitt der Jahre 1975/1977 ein knappes Drittel allein auf Chile.
- Brasilien in erster Linie wegen seiner Ausfuhr an Eisen- und Manganerzen. Brasiliens Anteil an der jeweiligen nominalen Weltausfuhr erhöhte sich im Berichtszeitraum bei Manganerzen von 12 auf 17 vH und verdoppelte sich bei Eisenerzen auf ebenfalls 17 vH; der Anteil dieses Landes am Export aller Entwicklungsländer betrug zuletzt bei Eisenerz 43 vH, bei Manganerzen rund 28 vH.
- Mexiko wegen seiner Exporte von Blei und Zink. An den Weltausfuhren dieser beiden mineralischen Rohstoffe war das Land im Durchschnitt der Jahre 1975/1977 jeweils mit 5 vH beteiligt; jeweils mehr als ein Fünftel des Exports von Blei und Zink aller Entwicklungsländer sind Mexiko zuzuordnen.

Für die Exporte einzelner Schwellenländer waren die acht untersuchten Rohstoffe von unterschiedlicher Bedeutung. Ein großes — wenn auch tendenziell abnehmendes — Gewicht kommt ihnen in Chile zu, wo diese Exporte gegen Ende des Berichtszeit-

raumes noch mit immerhin knapp zwei Dritteln an den Gesamtausfuhren beteiligt waren (nach fast 80 vH Anfang der 70er Jahre). Demgegenüber spielten sie für Brasilien (Ausfuhranteil 1970/1972: 7 vH; 1975/1977: 10 vH) und Mexiko (1970/1972: 3 vH; 1975/1977: 6 vH) nur eine bescheidene Rolle.

Mittlere Länder

In der Gruppe der Länder mit mittlerem Entwicklungsstand, in der hier 32 wichtige Rohstoffexportländer erfaßt sind, hat sich der Anteil der Exporte bei den untersuchten Rohstoffen am Gesamtexport von 12 vH Anfang der 70er Jahre auf 9 vH (1975/1977) vermindert. An den Weltrohstoffexporten war diese Ländergruppe zu reichlich einem Drittel beteiligt. Von der Rohstoffausfuhr aller Entwicklungsländer entfielen gut zwei Drittel auf die mittleren Länder. Der entsprechende Anteil betrug bei Zinn 83 vH, bei Blei und Zink rund 70 vH, bei Bauxit und Kupfer über 60 vH sowie bei Eisenerz etwa 40 vH.

Die Struktur der Exporterlöse bei nichtenergetischen mineralischen Rohstoffen ist in dieser Ländergruppe vorrangig geprägt durch Kupfer (Anteil 1975/1977: 37 vH), Phosphate (18 vH), Zinn (17 vH) und Eisenerz (14 vH). Zink und Bauxit waren an der Rohstoffausfuhr lediglich mit jeweils etwa 5 vH, Blei mit 2 vH und Manganerz mit weniger als 1 vH beteiligt.

Im Weltmaßstab sind in erster Linie die Exporte von Zinn aus Malaysia, Bolivien und Thailand von Bedeutung; es folgen Phosphate aus Marokko, Kupfer aus Sambia und Zaire sowie Bauxit aus Jamaika und Guayana.

Der Anteil der Exporte bei den hier erfaßten Rohstoffen an der Gesamtausfuhr lag in Sambia, Namibia, Kiribati und Mauretanien zwischen 90 und 96 vH, in Zaire und Liberia bei jeweils rund 70 vH

und in Bolivien und Marokko zwischen 50 und 56 vH. An den gesamten Rohstoffexporten dieser Entwicklungsländergruppe waren diese acht Länder zusammen mit rund 54 vH beteiligt.

LLDC

An der Gesamtausfuhr dieser Ländergruppe waren die erfaßten Rohstoffe im Durchschnitt der Jahre 1975/1977 mit 12 vH beteiligt, gegenüber 4 vH im Dreijahresdurchschnitt 1970/1972. Allerdings ist diese Entwicklung überwiegend auf die Steigerung der Bauxitexporte aus Guinea zurückzuführen, auf die allein fast 90 vH der betrachteten Rohstoffausfuhr der LLDC entfielen. Außer Guinea exportierten nur sechs Länder dieser Gruppe nichtenergetische mineralische Rohstoffe.

Am Welthandel mit den untersuchten Rohstoffen hatten die LLDC-Staaten im Durchschnitt der Jahre 1975/1977 einen Anteil von 1 vH, am entsprechenden Handel aller Entwicklungsländer einen Anteil von 2 vH. Dominierende Bedeutung hatten diese Rohstoffe innerhalb der Gesamtausfuhr lediglich bei

Guinea mit rund 76 vH und bei Botswana mit rund 43 vH.

Fazit

Die Entwicklungsländer waren in den 70er Jahren an den Weltexporten der untersuchten nichtenergetischen mineralischen Rohstoffe fast gleichbleibend zur Hälfte beteiligt. Dabei haben sich allerdings die Gewichte der einzelnen Ländergruppen leicht verschoben: Die Exporte der OPEC-Länder und der Schwellenländer nahmen tendenziell zu Lasten der Gruppe der Länder mit mittlerem Entwicklungsstand zu. Diese Tendenz dürfte anhalten. Von den am wenigsten entwickelten Ländern (LLDC) ist nur ein Land — Guinea — für die Weltrohstoffversorgung von Bedeutung.

Der Beitrag der hier erfaßten Rohstoffexporte für die Zahlungsbilanzen der Entwicklungsländer wird allgemein zu hoch eingeschätzt. Nur in wenigen Fällen hat die Ausfuhr nichtenergetischer mineralischer Rohstoffe für diese Länder vergleichbare entwicklungspolitische Bedeutung wie das Erdöl für die OPEC-Länder.

Herausgeber: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Königin-Luise-Straße 5, D-1000 Berlin 33
Telefon (030) 8 29 11

Präsident: Prof. Dr. Hans-Jürgen Krupp

Abteilungsleiterkollegium: Dr. Oskar de la Chevallerie, Dr. Doris Cornelsen, Dr. Fritz Franzmeyer,
Prof. Dr. Wolfgang Kirner, Prof. Dr. Rolf Krengel, Dr. Reinhard Pohl, Dr. Horst Seidler, Dr. Wolfgang Watter

Präsident und Abteilungsleiter sind gemeinsam für die wissenschaftliche Leitung verantwortlich

Schriftleitung: Dr. Klaus Henkner.

Wohnungsversorgung in Berlin (West). Bearbeitet von Ingo Pfeiffer. —

Exporte der Entwicklungsländer von nichtenergetischen mineralischen Rohstoffen. Bearbeitet von Dieter Kamphausen.

Verlag: Duncker & Humblot, Dietrich-Schäfer-Weg 9, D-1000 Berlin 41. Nachdruck und sonstige Verbreitung — auch auszugsweise — nur mit Quellenangabe zulässig. Druck: Zippel-Druck in Firma Büro-Technik Berlin, Muskauer Str. 43, D-1000 Berlin 36.

Bezugspreis für den Jahrgang DM 80,—, vierteljährlich DM 25,—, Einzelnummer DM 3,—.